

„LEBENDIGE DISKUSSIONEN“

Auftakt zur Programmdebatte der Berliner SPD *Text: Ulrich Horb*

Das Wichtigste an einem Grundsatzzprogramm sei die Diskussion darüber. Das machte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Auftaktdebatte der Berliner SPD zum „Bremer Entwurf“ Mitte Januar deutlich.

Auf drei Veranstaltungen diskutiert die Berliner SPD vor dem für Juni geplanten Landesparteitag die Themenfelder Wirtschaft, Bildung und Soziale Stadt. Die Auftaktveranstaltung zur Wirtschaftspolitik solle Impulse für die Diskussionen in den Abteilungen geben, so Hella Dunger-Löper, Berliner Vertreterin in der Programmkommission. Sie wies darauf hin, dass viele Berliner Erfahrungen bereits in den Programmentwurf eingeflossen seien.

Lebendige und spannende Diskussionen über den Programmentwurf erwartet der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bezeichnete den vom SPD-Parteivorstand beschlossenen Bremer Entwurf für das neue Grundsatzzprogramm als „im positiven Sinne pragmatisch“. Er



Auftaktveranstaltung zur Programmdebatte in der Berliner SPD: Mitte Januar diskutierten der SPD-Vorsitzende Michael Müller und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer über die künftige Wirtschaftspolitik. Mehr im Internet: www.berlin.spd.de -> Partei -> Programmdebatte

setze Horizonte und zeige realistische Handlungsmöglichkeiten auf. Kurt Beck habe zu Recht darauf hingewiesen, dass das neue Programm von der Partei für die Menschen gemacht werde, sagte Michael Sommer. Es müsse klar formuliert sein und dürfe keine unhaltbaren Versprechungen machen.

Der SPD-Landesvorsitzende Michael

Müller bezeichnete die soziale Sicherheit als eines der wesentlichen Elemente. Dazu gehöre auch die Integration in den Arbeitsmarkt. Die Daseinsvorsorge müsse auch künftig durch Unternehmen im öffentlichen Besitz gesichert werden. Die Berliner Erfahrungen aus den Privatisierungen würden, so Müller, in die Programmdebatte einfließen. Berlin habe gute wie schlechte Erfahrungen gemacht: „Die Wasserbetriebe hätte man zum Beispiel nie privatisieren dürfen, auch nicht teilprivatisieren.“ Öffentliche Unternehmen müsse es - neben privaten - in der Gesundheitsversorgung geben, Aufgabe des Staates sei es auch, mit Verkehrsunternehmen für Mobilität zu sorgen oder die BSR zu erhalten.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begrüßte, dass im Programmentwurf eine moderne Arbeitszeitpolitik gefordert werde, um mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen. Er räumte zudem ein, dass die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften nicht ausreiche, um in Tarifverhandlungen adäquate Löhne in allen Branchen zu erreichen. Deshalb müsse die Debatte um Mindestlöhne und Standards auf europäischer Ebene geführt werden. Es gelte, ein soziales Europa zu schaffen, so Sommer. ■